

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Karl-Jürgen Müller: Europa muss die Notbremse ziehen**
- **Rudolf Hänsel: Der Krieg, der nicht zu Ende geht**
- **Rudolf Hänsel: Exodus vom Balkan wird von reichen EU-Staaten kontrolliert**
- **Karin Leukefeld: Teile und herrsche in der Levante**
- **Sputnik: Zwei Jahre Russlands Einsatz in Syrien: "Menschen schöpfen Hoffnung"**
- **George Friedman: Europe: Destined for Conflict ?**
- **Rbb 24: Volksentscheid Tegel**
- **WDR: Knappe Mehrheit für Stopp des Outlet Centers in Duisburg**
- **Marianne Grimmenstein, Magnus Rembold: Bürgerkandidatinnen**
- **29 Kooperationspartner: Volksentscheid auf Bundesebene**
- **Christian Fischer: Eine souveräne Bürgerschaft lässt sich nicht polarisieren**
- **Alain Morau & Stephan Eisenhut: Der Aufstieg Emmanuel Macrons und die Zukunft Europas**
- **Mohssen Massarrat: Staatsverschuldung als Herrschaftsstrategie**

Zitat des Monats von [Präsident Bashar al-Assad](#) (im Interview mit teleSUR):

Der schmerzlichste Verlust in jedem Krieg ist der Verlust an Menschen, das Leiden, das jede Familie trifft, wenn sie eines ihrer Mitglieder verliert, weil die ganze Familie lebenslang an dem Verlust zu leiden hat.

**... Nichts ersetzt diesen Verlust,
und nichts übertrifft die Schmerzen, die er verursacht.**

Editorial

Diese Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der **demokratischen Entwicklung in unserem Land**. Dazu werden auch Blicke auf unseren Nachbarn Frankreich geworfen, dessen Wahlen deutlicher als bei uns gezeigt haben, dass der Fahrplan weg von der nationalen Souveränität und hin zum verschärften Aufbau einer nicht demokratischen EU führen soll.

Deshalb wird auch daran erinnert, dass die EU keineswegs eine Friedensmacht ist: **Der illegale Krieg europäischer Staaten** gegen das ehemalige Jugoslawien zeigt bis heute schlimme Folgen; und auch der heutige illegale Krieg gegen Syrien, an dem ebenfalls europäische Staaten aktiv beteiligt sind, zeigt nicht weniger schlimme Folgen.

Welche **geostrategischen Ziele** von maßgeblichen US-Thinktanks verfolgt werden, beschreibt in erstaunlicher Offenheit der STRATFOR-Vorsitzende Friedman.

Umso wichtiger ist es, dass **für eine demokratische und souveräne Politik** Aufgaben auf deutscher und auf europäischer Ebene formuliert werden. Das wird in dem ersten Beitrag auch mit Erinnerung an die Charta von Paris sowie in weiteren Beiträgen getan. Schließlich wird in mehreren Beiträgen von ermutigenden Beispielen für verschiedene demokratische Aktivitäten der Bürger in unserem Land berichtet.

[Inhalt](#) ↑

● Karl-Jürgen Müller: **Europa muss die Notbremse ziehen**

Der Autor gibt einen [Überblick über die beängstigende Weltlage](#), die nach dem ausdrücklichen Willen von maßgeblichen US-Strategen einmal als unipolare Welt unter dem Diktat der USA vorgestellt worden war. Inzwischen sehen zwar selbst die USA, dass sie dieses Ziel nicht so leicht erreichen können; sie verfügen aber immer noch über unvorstellbare Vernichtungsarsenale und den Willen, sich auch Europa als Vasallen vor allem in Konfrontation gegen Russland zu erhalten.

Hier stellt sich für die Europäer die Frage, wie sie sich von dieser ihnen zugeordneten Funktion emanzipieren können, wie sie für Entspannung und Frieden sorgen können. Ansätze dazu gab es in der Geschichte Westeuropas. Es ist an der Zeit, über eine neue internationale Ordnung ohne die in der UNO festgelegten Privilegien der Siegermächte des zweiten Weltkrieges nachzudenken.

Müller schlägt vor, dass "die besten Köpfe Europas" eine "Verfassung" für Europa entwerfen, mit der bei Beibehaltung der Souveränität der teilnehmenden Staaten Europa zu einem neutralen Kontinent erklärt wird und Formen der Kooperation auf freiheitlicher, rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage festgelegt werden. Die Bürger müssten mittels eines Referendums über diese Charta entscheiden und diese Grundsätze dann in ihren Verfassungen verankern. Ein Ausgangspunkt dafür könnte die "[Charta von Paris](#)" sein, die 1990 von allen OSZE-Staaten beschlossen wurde, danach aber leider in Vergessenheit geriet.

Ein anderer Ausgangspunkt dafür könnte nach Meinung der Redaktion das [Manifest für Europa](#) sein, das im September 2015 auf dem 23. Kongress "Mut zur Ethik" erarbeitet wurde. Darin finden sich die Grundsätze, die aus der Sicht der Bürger für ein friedliches, gerechtes und sicheres Zusammenleben in Europa unabdingbar umzusetzen sind. (Red.)

An anderer Stelle erinnert uns Rita Müller-Hill im Zusammenhang mit der Einführung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus" ESM an das Postulat von Charles de Gaulle, der ein Europa unabhängiger Nationalstaaten wollte. Dieses Europa sei jenseits des alleinigen Willens der politischen Führer [auf der Akzeptanz der Völker selbst aufzubauen](#).

[Karl-Jürgen Müller](#) ist Berufsschullehrer (*Fächer: Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde*) und Mitarbeiter der Redaktion *Zeit-Fragen*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Rudolf Hänsel: Der Krieg, der nicht zu Ende geht**

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der US-NATO gegen Jugoslawien unter Einsatz hochgiftiger und radioaktiver Uran-Geschosse wird das ungeheure Ausmaß dieses Kriegsverbrechens deutlich: In Serbien haben die aggressiven Krebserkrankungen unter Jung und Alt ein epidemisches Ausmaß angenommen. [Das Leid der Menschen schreit zum Himmel.](#)

Besonders betroffen ist der Süden Serbiens und Kosovo. Nach Angaben des serbischen Gesundheitsministeriums erkrankt jeden Tag ein Kind an Krebs. Das gesamte Land ist verseucht. Durch die Schädigung des Erbgutes (DNA) werden Generation um Generation missgebildete Kinder zur Welt kommen. Wissentlich und willentlich wurde ein Völkermord begangen. Bis vor kurzem hat die Politik unter Mithilfe der Medien den verunsicherten Bürgern auf Druck der Verursacher des Genozids die Wahrheit vorenthalten.

[Rudolf Hänsel, Jg. 1944, Diplom-Psychologe, Erziehungswissenschaftler, Lehrer, Schulberater; Autor und Herausgeber von Büchern zu Gewalt in Fernsehen, Video- und Computerspielen, zu Gewaltprävention in der Schule sowie zu Werteerziehung. \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

- **Rudolf Hänsel: Exodus vom Balkan wird von reichen EU-Staaten kontrolliert**

Seit Jahrzehnten emigrieren die Jungen und die gut Ausgebildeten aus den Staaten des Balkans gen Westen. Die Folgen für die Volkswirtschaften und Menschen der Länder Südosteuropas sind katastrophal: Seit Jahren fehlen Fachkräfte, die Gesundheitssysteme kollabieren, die Sterbensrate nimmt zu, die Geburtenrate geht zurück, die Löhne bleiben niedrig, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch und ein Ende der Abwanderung ist nicht in Sicht. Es geht nicht nur eine bestimmte Bildungsschicht, es geht eine ganze Generation. Als arme Billiglohnländer sind sie nicht in der Lage, die junge Generation und Elite im Land zu halten.

Reiche EU-Staaten haben zu dieser Misere beigetragen, da sie den Exodus vom Balkan seit vielen Jahren massiv zu ihren Gunsten beeinflussen, ohne die Herkunftsländer dafür zu entschädigen. Deren Not wird dadurch verstärkt, die Abhängigkeit vergrößert. Als besonders folgenschwer erweist sich die massenhafte Abwanderung von Ärzten und medizinischem Pflegepersonal. Leidtragende sind vor allem die älteren Menschen.

Dieses [Gebaren der westlichen Länder grenzt an Ausbeutung](#) – und Ausbeutung ist eine Methode des Neokolonialismus. Für die Bürger der EU-Beitrittskandidaten vom Balkan stellt sich deshalb zunehmend die Frage, ob die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft, die sich selbst gerne als Garant für Freiheit, Frieden und Wohlstand sieht, angesichts der imperialistischen Tendenzen ihrer reichen Mitglieder wirklich erstrebenswert ist.

[Inhalt](#) ↑

- **Karin Leukefeld: Teile und herrsche in der Levante**

Der Hisbollah-Vorsitzende Hassan Nasrallah hat Anfang Oktober vor der seit langem geplanten Aufspaltung des Mittleren Ostens gewarnt, die mit einer Unabhängigkeit der Kurden im Nordirak vollzogen würde und nur zu weiteren Abspaltungen und Kriege führe. So haben auch die Sunniten im Nordirak eine eigene autonome Region angekündigt, um der "Unterdrückung und Ungerechtigkeit gegen die Sunniten" im Irak ein Ende zu bereiten.

Auch in Syrien, wo überwiegend arabische Muslime unterschiedlicher Strömungen leben, treiben bestimmte kurdische Kräfte, eine der vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Syrien, die Föderalisierung voran.

Da ein Teil der Staaten, die den Aufstand in Syrien gegen die legitim gewählte Regierung unterstützt haben, ihre Niederlage aber nicht einräumen wollen, kommt der Prozess der Neukonstituierung nicht in Gang. Dadurch werden auch die begleitenden Prozesse des

Wiederaufbaus, der Rückkehr der Flüchtlinge, der Arbeitsprogramme und Aufarbeitung der Kriegsverbrechen ausgebremsst.

[Europa, die USA und einige Golfstaaten wollen Syrien weiterhin schwächen](#), indem sie die Bildung neuer politischer, militärischer und administrativer Strukturen z.B. in den von den Kurden und von der "Anti-IS-Koalition" kontrollierten Gebieten ohne völkerrechtliche Legitimation umfassend unterstützen. Zudem werden illegitim Versuche unterstützt, mit der "Anti-IS-Koalition" Öl- und Gasfelder zu erobern und die syrische Armee am Vordringen an die Grenze zum Irak zu hindern.

Die deutsche Bundesregierung gehört dem derart agierenden Staatenverbund der "Freunde Syriens" an und verwaltet mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einen Fonds für Syrien. Mit dessen Geld werden Projekte für den Wiederaufbau und zur Stabilisierung ausschließlich dort finanziert, wo Strukturen der (bewaffneten) Opposition die Kontrolle ausüben. Zusätzlich zahlt die Bundesregierung in solchen Gebieten für humanitäre Hilfe und für „Maßnahmen der strukturbildenden, mittel- und langfristig orientierten Unterstützung“. Eine Kooperation mit der syrischen Regierung ist nicht vorgesehen. So wird humanitäre und Entwicklungshilfe zum politischen Instrument für die Spaltung von Syrien und seiner Gesellschaft.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Sputnik: **Zwei Jahre Russlands Einsatz in Syrien: "Menschen schöpfen Hoffnung"**

Die russische Intervention in Syrien begann im September 2015, nachdem zahlreiche Moskauer Initiativen und Vorschläge für eine friedliche Lösung des seit 2011 andauernden Konfliktes vom Westen und seinen arabischen Verbündeten abgelehnt und ignoriert worden waren. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die von außen unterstützten und geförderten bewaffneten Gegner der syrischen Regierung und des Präsidenten Baschar al-Assad kurz davor waren, die Oberhand zu gewinnen.

Nach Einschätzung der Journalistin Karin Leukefeld ist inzwischen die [Lage in Syrien](#) "insgesamt sehr viel ruhiger" und die militärischen Frontlinien überschaubarer geworden. Das sei unter anderem durch die von Russland mitangeregten Deeskalationszonen und durch mehr als 2'000 lokale Waffenstillstände erreicht worden. Leukefeld weiter: "Inlandsvertriebene kehren zurück. Die Menschen schöpfen Hoffnung. Aber natürlich sind die Probleme immer noch unheimlich groß. Die Sanktionen der EU haben schwere wirtschaftliche Folgen".

Der Völkerrechtler Prof. Norman Paech stellt klar: Syrien hat Russland ganz offiziell um militärische Unterstützung gebeten. Der russische Einsatz ist somit völkerrechtlich legitim und hat zu einer Beruhigung der Situation geführt. Die Intervention der USA und ihrer Verbündeten sei dagegen klar völkerrechtswidrig, da sie kein Mandat des Sicherheitsrates haben und auch nicht von der Regierung beauftragt oder gebeten worden sind.

Diese Analyse bestätigte der Nahost-Experte Fritz Edlinger. Gegenüber Sputnik erklärte er, dass der Konflikt in der westlichen Medienwelt sehr einseitig dargestellt wird. Der Eingriff Russlands habe in Wirklichkeit den Angriff auf Syrien durch den IS und andere dschihadistische Gruppen verhindert. Die Unterstützung Russlands für Assad ist eine der wenigen völkerrechtlich korrekten Handlungen in der Region.

Durch die aktive russische Diplomatie sind regionale Kontrahenten wie Iran und die Türkei wieder miteinander im Gespräch. Und auch zu den Golfstaaten und Ägypten gibt es Kontakte. Gerade das Eingreifen Russlands im September 2015 habe zu einem Umschwung geführt. Damit sei eine Verhandlungsperspektive zu einer Lösung des Konflikts, sowohl in Astana als auch in Genf, eröffnet worden.

[Inhalt](#) ↑

- George Friedman: **Europe: Destined for Conflict ?**

US-Außenpolitik wird, bevor sie das Weiße Haus verkündet und umsetzt, in Think Tanks erdacht, die private Interessen verfolgen. Einer der einflussreichsten Denkfabriken ist "STRATFOR" (Strategic Forecasting Inc.), deren Gründer und Vorsitzender George Friedman ist.

George Friedman hielt am 4. Februar 2015 auf Einladung des "Chicago Council of Global Affairs" eine Rede zum Thema: "[Europe: Destined for Conflict ?](#)" Über die geopolitischen Hintergründe der gegenwärtigen Ukraine-Krise und der globalen Situation insgesamt. Der komplette Vortrag in Englisch dauert 1h12 (Video). Ausschnitte seines Beitrags [mit deutschen Untertiteln](#) dauern 0h32. Die 'NachDenkSeiten' bieten eine korrigierte [Niederschrift der deutschen Untertitel](#) und dahinter noch eine Gliederung des Vortrags und der anschließenden Antworten Friedmans zu Zuhörerfragen (mit direkt-Links auf die entsprechende Stelle im Video) an.

Ausschnitte aus seiner Rede zeigen u.a. deutlich auf, dass es das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts war, die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu verhindern. "Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt", so Friedman. Dies zeige auch die momentane geopolitische Lage im Baltikum, sowie die Sanktionen und Propaganda gegen Russland auf.

Der von Putin vorgeschlagene eurasischer Wirtschaftsraum ist den USA mehr als ein Dorn im Auge. Sie betrachten diese Idee als Kampfansage und sind bereit, dafür den Frieden in Europa nachhaltig zu zerstören - wie vor den USA die Briten seit je her alles getan hätten, um Russen und Deutsche, wann immer es geht, gegeneinander aufzuhetzen. Friedman äußert in seinem Vortrag (bei 0h53): "Was Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betrifft – wir haben keine Beziehungen mehr mit 'Europa'. Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein 'Europa', mit dem man Beziehungen haben kann".

Auch Katalonien, das am 1.10.2017 gegen den Widerstand des Zentralstaates ein Unabhängigkeitsreferendum durchführte, wird im Zusammenhang von Sezessionsbewegungen und Bürgerkriegen im Nebensatz erwähnt (bei 0h52).

[Inhalt](#) ↑

- Rbb 24: **Volksentscheid Tegel**

Nachdem die Eröffnung des neuen Berliner Flughafens BER sich um Jahre verzögert und bereits heute fraglich ist, ob dessen Kapazitäten ausreichen werden, hat sich eine [Volksinitiative gebildet, die für den Erhalt des bestehenden Flughafens Tegel](#) auch parallel zu dem eines Tages in Betrieb gehenden BER ausspricht. Diese Initiative wurde hauptsächlich von der FDP mit Unterstützung durch AfD und Teilen der CDU und gegen den Willen des rot-rot-grünen Berliner Senats durchgeführt. Die Abstimmung fand parallel zur Bundestagswahl am 24.09.2017 statt. Es nahmen mehr als 1,7 Millionen Berliner an der Abstimmung teil (0,62 Millionen wären nötig gewesen) und es stimmten 56 % für den unbegrenzten Weiterbetrieb von Tegel.

[Trotz des durch den Volksentscheid genährten politischen Drucks](#) räumt der Regierende Bürgermeister Müller dem Flughafen Tegel keine Zukunftschancen ein. Er werde nun Kontakt mit den anderen Anteilseignern Brandenburg und die Bundesregierung aufnehmen, mit denen vor der Bundestagswahl [das Bekenntnis zum Konsens von 1996 formuliert](#) wurde, den Luftverkehr der Hauptstadtregion am neuen Airport in Schönefeld zu konzentrieren. Dies obwohl Bundesverkehrsminister Dobrindt kurz zuvor ein Plädoyer für zwei Flughäfen hielt, ohne dafür kritisiert zu werden.

[Inhalt](#) ↑

- **WDR: Knappe Mehrheit für Stopp des Outlet Centers in Duisburg**

Auf dem ehemaligen Güterbahnhofgelände in Duisburg, wo es 2010 bei der Loveparade viele Tote gegeben hatte, sollte das größte Outlet Center in Deutschland entstehen. Dagegen hatte sich eine Volksinitiative gebildet, u.a. weil die Sorge besteht, dass damit der Einzelhandel in der Innenstadt zu stark geschädigt wird. Die Abstimmung fand parallel zur Bundestagswahl am 24.09.2017 statt. Die Bürger haben sich nun mit [51% knapp gegen den Bau des Outlet Centers](#) ausgesprochen.

[Inhalt](#) ↑

- Marianne Grimmenstein, Magnus Rembold: **Bürgerkandidatinnen**

Eine Initiative von Bürgern arbeitet dafür, dass bei den Bundestagswahlen [parteiunabhängige Kandidaten aufgestellt](#) werden. Bei der vergangenen Bundestagswahl hat es aus diesem Kreis 27 Kandidaten und Kandidatinnen gegeben, die zum Teil über 1 %, [in einem Fall über 9 %, der Stimmen](#) in ihrem Wahlkreis erreicht haben. Die einzelnen Personen haben zum Teil unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen, sind sich aber darin einig, dass Demokratie bürgernah, personal verbindlich und ehrlich und vor allem unabhängig von Parteistrategien sein sollte.

[Marianne Grimmenstein-Balas](#) *ist eine pensionierte Musiklehrerin aus Lüdenscheid; hat sich der Verteidigung der Demokratie verschrieben; hat die größte Verfassungsbeschwerde der Bundesrepublik Deutschland (gegen CETA) initiiert und will die Politik reformieren. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- 29 Kooperationspartner: **Volksentscheid auf Bundesebene**

Eine Initiative, bestehend aus 29 Kooperationspartnern, fordert anlässlich der derzeitigen Koalitionsverhandlungen in Berlin, den [Volksentscheid auf Bundesebene in das Regierungsprogramm](#) aufzunehmen. Dafür werden Unterschriften als Ausdruck des Bürgerwillens gesammelt. Die Initianten sehen gute Chancen, dass die sich bildende Regierungskoalition in Berlin diesem Ziel diesmal aufgeschlossen gegenübersteht.

Das Bündnis hat innerhalb von zwei Wochen über 200'000 Unterschriften gesammelt und sammelt weiter. [Um der Union die Forderung der Initiative richtig deutlich zu machen](#), wurde ein entsprechendes Riesen-Plakat vor dem Gebäude präsentiert, in dem die Union ihre Sondierungsgespräche durchführt.

Die Redaktion macht gerne auf diese Initiative aufmerksam. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Eine souveräne Bürgerschaft lässt sich nicht polarisieren**

Die Wahlen in Frankreich und in Deutschland werden zum Anlass genommen, [grundsätzlicher über die politischen Richtungen nachzudenken](#), die sich in unseren politischen Systemen zunehmend anders abzeichnen, als es früher mit den parteipolitischen Richtungskämpfen der Fall war.

Die Wahlen in Frankreich zeigen dies noch deutlicher als in Deutschland, sodass der Blick dorthin aufklärende Wirkung haben kann. Dort ging es, auch dank des Mehrheitswahlrechts, fast nur noch um die Frage mehr EU oder mehr Nation(alismus)? Der Front National war für diese Propaganda geradezu willkommen. In Deutschland ist diese Polarisierung, auch dank unseres Proporzwahlsystems, noch weniger deutlich, aber dennoch genauso angelegt. Selbst "Die Linke" bietet wenig Opposition gegen eine EUisierung, Hauptsache man hat sogar mit Großkapital und Großfinanz eine gemeinsame antinationale Schnittmenge. Auf der anderen Seite bietet sich die

“Alternative für Deutschland“ als nicht mehrheitsfähiger Sündenbock an, da sie beim Buhlen um Wählerstimmen auch undemokratischem und menschenverachtendem Gedankengut Vorschub leistet.

Der Autor erinnert uns explizit an unsere wesentlichen demokratischen Grundsätze, die wir Bürger wieder stärker gegen die propagandistisch unterlegten Misstöne in unserem gesellschaftlichen Umfeld inklusive EU ertönen lassen und unverrückbar in das politische Leben stellen müssen.

Christian Fischer, Jg. 1951, studierte Architektur und Neuere Geschichte, Dr.-Ing. mit zahlreichen Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Alain Morau & Stephan Eisenhut: **Der Aufstieg Emmanuel Macrons und die Zukunft Europas**

Alain Morau und Stephan Eisenhut stellen im ersten Teil ihres Artikels die [Hintergründe und Umstände der französischen Präsidentenwahl](#) dar. Sie zeigen, wie die Person Emmanuel Macron ohne je vorher in irgendein Amt gewählt worden zu sein, auf Anhieb das höchste französische Staatsamt erlangt. Netzwerke und Hintermänner, Medien, Journalisten, Werbekampagnen werden unter die Lupe genommen.

Im zweiten Teil zeigen die Autoren am Beispiel einer unbekanntenen Partei, dass eurokritische Strömungen, die die Souveränität Frankreichs verteidigen, keine Chance haben, einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden.

Die beiden Autoren kündigen für November einen zweiten Artikel zum Verhältnis zwischen Charles de Gaulle und Jean Monnet an.

[Inhalt ↑](#)

- Mohssen Massarrat: **Staatsverschuldung als Herrschaftsstrategie**

Die neoliberale Schule kritisiert heftig die keynesianische Wirtschaftspolitik, weil sie mit ihren kreditfinanzierten Staatsausgaben die steigende Staatsverschuldung verursache und die Wirtschaft belaste. Daher ist der Schuldenabbau, neben den zwei Säulen Wachstum und Beschäftigung, die dritte Säule der neoliberalen Strategie und ein wichtiges Postulat der neoliberalen Regierungen.

Demgegenüber zeigt aber die Realität ein völlig anderes Bild. Die Schuldenquote der großen Industriestaaten ist seit 1975 bis 2013 teilweise sogar drastisch gestiegen: In den USA stieg die Schuldenquote von 38% auf über 100%, in Deutschland von 20% auf 75%, in Großbritannien von 20% auf 85%, in Frankreich von 18% auf beinahe 100% und in Japan sogar von 30% auf 240%.

Nach vier Dekaden neoliberaler Wirtschaftspolitik fragt der Autor, warum der keynesianische Staat mit seinen enormen Ausgaben für den Aufbau des Wohlfahrtsstaates und den Wiederaufbau der Infrastruktur nach der flächendeckenden Zerstörung durch den zweiten Weltkrieg mit einer signifikant niedrigeren Schuldenquote auskam als der neoliberale Staat. Obwohl sich der neoliberale Staat den Schuldenabbau auf seine Fahne geschrieben und einen drastischen Sozialabbau betrieben habe, sei zeitgleich die Verschuldung massiv angestiegen.

Massarrat versucht auch Antworten zu geben: So wurden die Spitzensteuersätze drastisch gesenkt und den großen Konzernen Unsummen an Steuergeschenken gemacht. Die resultierende Staatsverschuldung wird dann als Begründung für die Forderung nach Sozialabbau genommen. [Verschuldete Staaten sind dem Diktat des Finanzsektors ausgesetzt](#), die Steuer-, Finanz- und

Sozialpolitik der Regierungen wird nicht mehr durch Parlamente kontrolliert. Damit hat sich der Finanzsektor zu einem ernst zu nehmenden Feind für die Demokratie entwickelt.

Nun schlägt Frankreichs neuer Präsident Emmanuel Macron den gleichen Weg ein, indem er den Steuersatz für Unternehmen und die Kapitalertragsteuer drastisch kürzen will - finanziert durch den flächendeckenden Sozialabbau und Aufhebung der gesetzlichen 35-Stundenwoche.

[Mohssen Massarrat](#), 1942 in Teheran geboren, seit 1961 in der BRD, Studium des Bergbaus, Studium von Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Pro-Dekan an der Uni Osnabrück; im Rahmen seines breiten gesellschaftspolitischen Engagements Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac, kooperiert mit dem IPPNW und der Friedenskooperation (Bonn). (Red.)

[Inhalt](#) ↑